

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Hans Kolo MdL, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, wirft Bonn und München Tatenlosigkeit gegenüber Tieffliegern vor: Schaden für Menschen und Bauwerke.

Seite 1

Erwin Horn MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, skizziert die sicherheitspolitische Übereinstimmung mit Frankreich: Unsere Vision von Europa im Bündnis.

Seite 4

Rudolf H. Strahm, Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, verurteilt die US-Politik des Faustrechts gegen Managua: Nicaragua braucht die Solidarität Europas.

Seite 5

40. Jahrgang / 96

22. Mai 1985

### Milliarden-Schäden durch Tiefflieger

Doch in Bonn und München wird nichts zum Schutz von Menschen und Denkmälern getan

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die frühbarocke Filialkirche St. Koloman in Weipertshausen (Bayern) wird nicht das letzte Opfer von Tieffliegern sein, wenn die Verantwortlichen in Bonn und München nicht sofort Konsequenzen ziehen. Solange aber die Herren im Bonner Verteidigungsministerium sich in Beschwichtigung üben und aus München ebenfalls müde Appelle kommen, sind keine Fortschritte zu Gunsten von Baudenkmalern und Menschen zu erwarten.

Erst im Frühjahr dieses Jahres war ich auf meine Schriftliche Anfrage hin von Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit ebenso verharmlosenden wie unpräzisen Auskünften bedient worden. So hatte Strauß verkündet: Weil die Intensität der Druckwellen mit zunehmender Flughöhe rasch abnimmt, habe man "befohlen", daß bei Tiefflug (in Höhe von 150 bis 400 Metern) die Piloten unter der Schallgeschwindigkeit bleiben. Überschallflüge seien nur in einer Höhe von über 11.500 Metern erlaubt. Das ist jedoch Unfug. Damit wird der Eindruck erweckt, als könnten strukturelle Schäden an Gebäuden durch Druckwellen nicht eintreten, weil die Piloten sowohl die Flughöhe als auch die Höchstgeschwindigkeit einhalten. Strauß sollte die Bewohner in den Tiefflugschneisen fragen, wie häufig und intensiv sie durch Tiefflüge belästigt werden und wie sich die Piloten tatsächlich an papierene Vorschriften halten.

Belegen läßt sich dies beispielsweise durch die Beobachtungen des Flughafens Kempten-Durach. Obwohl er mitten in einer "militärischen Schutzzone" liegt, ihn also keine Militärmaschinen überfliegen dürften, werden dort täglich drei bis fünf Verstöße gemeldet.



Daß die Schäden an Baudenkmalern - vor allem aus der Barock- und der Rokoko-Zeit - eng mit den Tiefflügen zusammenhängen, darüber gibt es unter Fachleuten eigentlich gar keine Zweifel. Der bayerische Landeskonservator Professor Dr. Petzet stellte erst kürzlich fest, daß in Flugschneisen sich immer häufiger bedenkliche Schäden an wertvoller historischer Bausubstanz zeigten. Baureferent Karl Theodor Horn von der Erzdiözese München und Freising stellte einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Flugzeugen und den Schäden an verschiedenen Kirchen der Erzdiözese her. Beispielsweise bei der Kirche St. Peter und Paul in Tankham bei Erding, wo ein Teil des gotischen Gewölbes einstürzte. Bei der Kirche in München-Riem, die vor 15 Jahren einstürzte. Bei der Johanneskirche in Steinkirchen, wo sich Risse in den Säulen zeigten. Bei der Pfarrkirche Wartenberg, wo die Decke abgestützt werden mußte. Oder bei der Wieskirche bei Steingaden, die jetzt mit Millionenbeträgen gerettet werden muß.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. So dürfte es zum Beispiel nicht von ungefähr kommen, daß das Zuckerbäcker-Schloß Neuschwanstein zur ständigen Baustelle geworden ist. Weiter Tiefflieger-gefährdet: Kloster Ettal, Schloß Hohenschwanstein, Kloster Ettal, Rottenbuch und andere mehr.

Bundesverteidigungsstaatssekretär Peter Kurt Würzbach steht ziemlich alleine da, wenn er behauptet, die Risse und anderen Schäden an den südbayerischen Baudenkmalern seien nicht durch Überflüge von Militärmaschinen entstanden. Trotzdem hat die Staatsregierung nichts Besseres zu tun, als dem Bundesverteidigungsministerium zu sekundieren und die Tiefflüge zu verteidigen. In dieser Situation wird das bayerische Kabinett unglaublich, wenn es dann Herrn Wörner - wie im Februar geschehen - vorläßt, sich aber mit beschwichtigenden Worten abspeisen läßt.

Verharmlosende Worte gibt es nicht nur gegenüber der Opposition. Diese leidvolle Erfahrung mußte beispielsweise der Tölzer CSU-Landrat Otmar Huber machen. "Da kriegen wir meistens vom Ministerium eine freundliche Antwort, aber da kommt nicht viel raus", beklagte er sich.

Bezahlen dürfen die bayerischen Steuerzahler Millionenbeträge. Denn um das Verteidigungsministerium zur Kasse zu bitten, fehlt wieder einmal der letzte wissenschaftliche Beweis, der den Verursacher festmacht. Die Staatsregierung ihrerseits tut alles, um diesen Beweis ja nicht liefern zu können. So verhalten seit Jahren ungehört SPD-Forderungen nach einer wissenschaftlichen Untersuchung, die den Zusammenhang zwischen Denkmalschäden und Tieffliegern herstellt.

Der volkswirtschaftliche Schaden der Tiefflieger freilich dürfte in die Milliarden gehen. Denn, zwar sind ältere Bauwerke besonders durch die Erschütterungen gefährdet, doch wird letztlich jedes Gebäude dadurch in Mitleidenschaft gezogen. So mancher Riß, so manche statische Veränderung am Eigenheim dürfte ihre Ursache nicht in altersbedingten Verschleißerscheinungen haben, sondern in den Flugzeugen, die in niedriger Höhe darüber donnern.



Was selbst die Gebäude gefährdet, kann am Menschen nicht ohne Schaden vorübergehen. Zumal hier zu den Erschütterungen auch noch der Lärm kommt. Immerhin hatte der Inspekteur des Sanitätswesens in einem Gutachten festgestellt, "daß Lärm, insbesondere der plötzlich auftretende Lärm hoher Intensität, neben einer subjektiven Belastung auch bei gesunden Menschen zu einer Veränderung der objektiv beurteilbaren Körperfunktionen führen kann". Doch sieht Strauß, wie seiner Antwort auf meine Anfrage zu entnehmen ist, auch darin keine Gefahr: "...gibt es keinen strikt wissenschaftlichen Nachweis, daß gesundheitliche Schäden durch den Fluglärm hervorgerufen werden. Es sind keine fluglärmspezifischen Krankheitssyndrome bekannt."

Diesen Schluß kann man nur als grotesk bezeichnen: Strauß sollte sich selbst häufiger den 94 bis 105 Dezibel eines Tieffliegers bei nur 760 Stundenkilometern und einer Flughöhe von 150 Metern aussetzen, um festzustellen, wie das auf seine Gesundheit wirkt. Doch es wäre auch hier schon hilfreich, wenn endlich ein strikt wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben würde. Ersatzweise könnte der bayerische Ministerpräsident in die Lärmgutachten des Flughafens München II hineinsehen. Dort ist beschrieben, welche Krankheiten und Gesundheitsstörungen durch Fluglärm beziehungsweise Lärm generell über 90 dB ausgelöst werden.

Der Einfluß der Flugzeuge und insbesondere der Tiefflieger auf die Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und auf die Zerstörung von Bausubstanz wurde bisher eindeutig unterschätzt. Bundesregierung und Staatsregierung tun alles, damit diese Fehleinschätzung bestehen bleibt. Daß dies absichtlich und gewollt ist, belegt die Weigerung der Regierungen in Bonn und München, sich endlich durch Untersuchungen gesicherte Zahlen und Daten zu verschaffen, auf deren Grundlage die Situation objektiv zu beurteilen ist.

(-/22.5.1985/rs/ks)

+ + +



Unsere Vision von Europa im Bündnis

Die sicherheitspolitische Übereinstimmung mit Frankreich ist nicht gegen die USA gerichtet

Von Erwin Horn MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat sich auf ihrem Parteitag 1984 nochmals mit allem Nachdruck zur nordatlantischen Allianz bekannt. Unter den heutigen Bedingungen des Ost-West-Verhältnisses hängt die Zukunft des europäischen Sicherheitssystems letztlich davon ab, daß Deutschland stabil bleibt und daß unsere beiden Länder für eine gemeinsame westeuropäische Sicherheitspolitik eintreten.

Wir haben die Vision eines Westeuropas in der Atlantischen Allianz, das an Einigkeit und politischer Stärke gewinnt, seine militärisch bedingten Sicherheitsprobleme verringert und die entschiedene wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zum Schlüssel für diese Entwicklung macht.

Die amerikanische Herausforderung heißt "Strategische Verteidigungs-Initiative" oder SDI. Die Absicht der USA, Abwehrwaffen im Weltraum zu stationieren, entspricht dem Wunsch, die Verwundbarkeit ihres Territoriums zu beseitigen. Gelingt dies, dann verlieren die amerikanischen strategischen Waffen ihre Funktion als letzte Rückversicherung der strategischen Triade der NATO. Aber auch für Frankreich entfällt die Rückendeckung für seine Atomwaffe.

Wenn die USA und die Sowjetunion Weltraumwaffen entwickeln und zu der Auffassung gelangen, daß ihre strategischen Nuklearwaffen interkontinentaler Reichweite unbenutzbar werden, wächst die Konfliktegefahr in der Peripherie - insbesondere für Europa. Das Europa, das auf diese Herausforderung antwortet, gibt es noch nicht.

Erwägenswert wären jedoch politische Vereinbarungen dahingehend, daß die französische Atomwaffe neben oder unabhängig vom amerikanischen Nuklearschild zur Sicherheit Westeuropas beiträgt und unter Voraussetzungen hierfür bereitsteht. Durch einen solchen Schritt würde Frankreich eine erweiterte Rolle im europäischen Sicherheitssystem zu kommen.

Diese Perspektive kann nicht gegen die USA gerichtet sein. Amerika würde freier für seine globale Rolle. Klar wäre auch, daß die Verteidigung Frankreichs an der Elbe beginnt. So wie Europa nicht Glacis für die USA sein kann, so kann die Bundesrepublik nicht das Glacis für die westeuropäischen Alliierten bilden. Frankreichs nationale nukleare Verantwortung würde nicht angetastet, aber die Verteidigung Westeuropas würde eine strategische Einheit bilden. In diesem Zusammenhang sollte über die operativ-taktische Planung der Streitkräfte unserer beiden Länder insgesamt gesprochen werden. Deutsch-französische Kooperation in der Sicherheitspolitik und eine Aktivierung der WEU müssen mehr bedeuten als eine Verstärkung der Rüstungskoopeation.

Was SDI betrifft, so stelle ich mit Befriedigung fest, daß die Äußerungen des französischen Präsidenten zur Beteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm und die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion weitgehend übereinstimmen. Die SPD unterstützt die französische Forderung nach einer eigenständigen französischen Antwort auf die amerikanische Herausforderung im Rahmen des Projekts EURECA.

(-/22.5.1985/rs/ks)

+ + +



Nicaragua braucht die Solidarität Europas

Der US-Politik des Faustrechts muß entgegen gewirkt werden

Von Rudolf H. Strahm  
Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Die Politik des Muskelprotzens der gegenwärtigen amerikanischen Regierung gegenüber Zentralamerika nimmt kein Ende. Der jüngste Coup war der Handelsboykott der USA gegenüber Nicaragua.

Seit Jahren unterstützt die Reagan-Regierung die antisandinistischen Guerillas. Vor Jahresfrist verminte sie völkerrechtswidrig den nicaraguanischen Meerhafen; und als die Regierung in Managua vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage erhob, traten die USA kurzerhand aus dem Völkergericht aus. De facto wird ein Krieg auf allen Ebenen - politisch, militärisch, wirtschaftlich - gegen die gewählte Regierung in Managua geführt, als ob das schwache Nicaragua je eine Gefahr für die Weltmacht USA werden würde. Zentralamerika wird wie eine Halbkolonie der USA behandelt.

Die gleiche US-Regierung, die die mangelnde demokratische Legitimität der sandinistischen Regierung reklamiert, unterstützt die Regimes in Guatemala, Honduras und El Salvador. Die Foltermethoden und Foltergeräte der paramilitärischen Menschenbeseitiger in diesen Staaten stammen direkt aus amerikanischen Quellen.

Die amerikanische Politik des Faustrechts ist eine Herausforderung für die Politik Europas, für die Außenpolitik der Schweiz und für die weltweite Entwicklungspolitik allgemein.

Die Kredite der Weltbank an Nicaragua nahmen auf amerikanischen Druck hin von 1980 bis 1982 ständig ab und blieben seit 1983 gänzlich aus. Wer bestreitet, daß die Weltbankgruppe ein Machtinstrument der Amerikaner sei, ist an diesem Beispiel einmal mehr widerlegt. Auch in der Interamerikanischen Entwicklungsbank übten die US-Vertreter diesen Boykottdruck seit langem erfolgreich aus.

Europa hat hier die Aufgabe - und wohl auch das Eigeninteresse - eine eigenständige Haltung gegenüber Zentralamerika einzunehmen. Ein Rückhalt in Europa verschafft den demokratischen Kräften und Regierungen Lateinamerikas die Chance, daß der soziale Konflikt in ihren Ländern nicht nur im Ost-West-Schema der Reagan-Optik beurteilt wird. Europa erscheint weltpolitisch als dritte Kraft, es kann aus dem Konfliktschema Kommunismus/Antikommunismus heraushelfen.

Wie sieht das Verhalten der Schweiz aus? - Es ist ganz ausgeschlossen, daß sich die Schweiz dem ideologisch und politisch motivierten Handelsboykott der USA anschließen könnte. Von Bern kann, wenn es seiner Praxis treu bleiben will, gar nichts anderes als eine Absage an Handelssanktionen erwartet werden.

(/22.5.1985/rs/ks)

+ + +

